

Ganzjährig . . .	6 fl. — fr.
Halbjährig . . .	3 „ — „
Vierteljährig . . .	1 „ 50 „
Monatlich . . .	— „ 50 „

Mit der Post:

Ganzjährig . . .	9 fl. — fr.
Halbjährig . . .	4 „ 50 „
Vierteljährig . . .	2 „ 25 „

Für Zustellung ins Haus vierteljährig 25 fr., monatlich 9 fr.

Einzelne Nummern 5 fr.

Tagblatt.

Kongregplatz Nr. 81 (Buchhandlung von J. v. Kleinmayer & J. Danneberg)

Für die einspaltige Petitzeile bei zweimaliger Einschaltung 5 fr. dreimal 7 fr.

Inserationswechsel jedesmal 30 fr.

Bei größeren Inseraten und öfterer Einschaltung entsprechender Rabatt.

Anonyme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 107.

Donnerstag, 13. Mai. — Morgen: Bonifatius.

1869.

Das allgemeine Konzil.

IV.

Wir haben bisher der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß der Zweck der nächsten Kirchenversammlung auf nichts anders gerichtet sein werde, als auf die Erfindung einiger neuen Dogmen und eine wiederholte feierliche Bekräftigung des Sillabus; wir haben gezeigt, welch trauriges Resultat die Welt auf diese Weise zu erwarten hat und wie nothwendig es sei, daß bei Zeiten genügende Schutzmittel gegen die nachtheiligen Folgen des bevorstehenden klerikalen Feldzuges ergriffen werden. Leider ist keine Hoffnung vorhanden, daß sich unsere betrübenden Ahnungen nicht erfüllen werden und vergebens warteten die gebildeten Katholiken bisher auf irgend eine Mittheilung von maßgebender Seite, daß man sich auf dem nächsten Konzil auch mit zeitgemäßen Reformen beschäftigen wolle, deren Nothwendigkeit kein Unbefangener verkennen wird, die allein geeignet wären, den so wünschenswerthen Frieden zwischen Staat und Kirche herzustellen und sicher niemandem einen größern Nutzen brächten, als gerade letzterer selbst, die nur auf diese Weise ihre Macht und ihr Ansehen zu kräftigen und sich neue, aufrichtige Anhänger zu erwerben vermöchte.

Wohl werden vereinzelte Stimmen in diesem Sinne auch beim Klerus, hauptsächlich aus der Mitte der niedern Geistlichkeit, fortwährend laut; sonst gut unterrichtete deutsche Blätter haben sogar die Nachricht gebracht, daß man sich in einflussreichen Kreisen, zu denen auch klerikale Würdenträger höchsten Ranges gehören, mit dem Plane trägt, das von Papst berufene Konzil zu einer großen Reform der katholischen Kirche auszunutzen; „wirklich wohlmeinende Laien haben diesen Gegenstand seit Jahren erörtert und gut begründete Vorschläge in mancher Richtung gemacht, allein wir besorgen, daß alles dies nichts nützen und auch der gemäßigte Fortschritt bei den Thüren des Vatikans keinen Einlaß finden werde, die von der Finsterniß und dem Stillstand, der Unduldsamkeit und der Herrschaft in eifersüchtiger Weise bewacht werden.

Und doch! welch eine herrliche Aufgabe würde sich der Kirche und ihren Dienern öffnen, wenn man es in den tonangebenden hierarchischen Kreisen endlich einsehen wollte, daß die geistigen Fesseln, in die die Menschheit geschlagen werden soll, auf die Dauer doch nicht haltbar sein werden, daß der mit unwiderstehlicher Kraft ausgestattete Geist des Fortschrittes nimmer zurückgebrängt werden kann, daß klerikale Umtriebe dem modernen Staate noch zeitweise schaden, ja ihn da oder dort zu Grunde richten, daß sie aber im großen und ganzen die Entwicklung des Menschengeschlechtes auch nicht eine Sekunde aufhalten können. Man denke sich einen Papst und eine Priesterschaft, die ihre Mission vom Standpunkte unserer Bildung erfassen, die darnach streben, ihr apostolisches Amt zur Aufklärung der Völker, zur Verbreitung der Gesittung, zur Herstellung eines friedlichen Verkehrs unter den Nationen zu benützen; man denke sich ein Konzil, bei dem ein Papst den Vorsitz führt, der mit aufrichtigem Herzen eine Verbesserung alter, unhaltbar ge-

wordener kirchlicher Zustände anstrebt, bei dem alle Grade der Hierarchie und die Laien eine ausgiebige Vertretung finden und nicht ein System blinder Unterwerfung die absolute Herrschaft führt, sondern eine offene, ehrliche Besprechung der herrschenden Uebelstände, eine ungehinderte Bekanntgabe der vorhandenen Wünsche gestattet ist — welch ein Segen für die Menschheit, wie könnte da das allgemeine Wohl gefördert, das Glück von Millionen begründet werden! Das wären frohe Hoffnungen, die im Herzen jedes braven Katholiken freudigen Widerhall fänden, aber, wir wiederholen es, sie sind leider nicht begründet. Noch stimmen die Priester nichts als Klagen an über den Verfall der menschlichen Gesellschaft; von allen Kanzeln wird Tag um Tag versichert, daß diese Welt, verworfen, nichtswürdig jüdisch und verderbt ist; die katholische Hierarchie bekämpft den Fortschritt der Menschheit zu höherer Gesittung und Entwicklung; es wird mit den Schrecknissen des Teufels und der Hölle gedroht: überall ist ein offener, nie abbrechender Krieg, und Friede nur dort, wo man sich fügt, unbedingt, bis zur gänzlichen Unterwerfung fügt.

Soll dieser Streit ewig dauern, des Zankes nie ein Ende sein? Wer möchte dies entscheiden? Vielleicht stimmt eine gütige Vorkehrung über kurz oder lang die Herzen derer milder, welche die ihren heute der Nachgiebigkeit und Versöhnung noch fest verschlossen halten, und die Zeit ist vielleicht nicht gar so ferne, wo die edelsten Kräfte nicht im Widerstande gegen Fanatismus, Intoleranz und Aberglauben vergeudet werden müssen, sondern ungehindert neue Höhen auf der hellen Bahn der Aufklärung erklimmen können. Ist es aber beschlossen, daß der Kampf noch lange dauern soll, daß er ganz ausgekämpft werden muß, so wird uns auch dann ob des endlichen Ausganges nicht bangen, denn es gibt noch etwas härteres und unerschütterlicheres als den Fels Petri — die unzerstörbare Gewalt des rastlos schaffenden und gestaltenden Menschen geistes.

Reichsraths-Verhandlungen.

Sitzung des Herrenhauses vom 11. Mai.

Erste Lesung über das vom Abgeordnetenhaus angenommene Gesetz über die Ehen von Personen, welche keiner gesetzlich anerkannten Religionsgenossenschaft angehören.

Der Präsident beantragt, das Gesetz der judizialen Kommission zur mündlichen Berichterstattung zuzuwenden.

Fürst Czartoryski: Er finde es begreiflich, daß für solche Vorlagen, deren Dringlichkeit anerkannt ist, das beschleunigte Verfahren angewendet werde; allein bei Gesetzen, wo es gleichgültig sei, ob sie ein Jahr früher ins Leben treten oder nicht, finde er das beschleunigte Verfahren mit der Würde des Hauses nicht verträglich. Das Herrenhaus solle endlich entschieden auftreten und die Verathung einer nicht wirklich dringlichen Vorlage vertagen, und ein Beispiel statuieren, damit sowohl vom Abgeordnetenhaus als von der Regierung dahin gewirkt werde, daß in Zukunft nicht wieder, wie dies jetzt der Fall,

10 der wichtigsten Gesetze in den letzten vier Tagen dem Hause zur Verathung zugewiesen werden. (Lebhafte Bravo.) Er spreche entschieden gegen das beschleunigte Verfahren, weil dies mit der Würde des Hauses unverträglich sei. (Bravo.)

Ritter v. Schmerling: Er stimme in allem seinem Vorredner bei, beantrage jedoch, das spezielle Gesetz der vereinigten juridisch-politischen Kommission zur gründlichen Verathung zuzuwenden.

Bei der Bestimmung wird der Schmerling'sche Antrag angenommen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht über das Gesetz, betreffend den Wirkungskreis der Militärgerichte.

Ritter von Hye hat das Referat und beantragt die unveränderte Annahme des Gesetzes, welche auch nach kurzer Debatte in zweiter und dritter Lesung erfolgt.

Auch das Gesetz über die Stempel- und Gebührenerbefreiung bei Erneuerung der beim Brande in Stanislaw zu Grunde gegangenen Gerichtsbücher wird in zweiter und dritter Lesung in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen.

Den nächsten Gegenstand der Verathung bildete das Gesetz betreffend die Regelung der Grundsteuer (Berichterstatte Graf Hartig).

Baron Dobhoff vertritt die Interessen des Klein-Grundbesitzes, welche er in dem vorliegenden Gesetz zu wenig geschützt findet.

Fürst Jablonowski spricht sich ebenfalls gegen das Gesetz aus, obzwar er eine gleichmäßige Besteuerung anstrebt, er bedauert, daß der Finanzminister nicht früher einer Enquete von Grundbesitzern dieses Gesetz zur Begutachtung vorlegte.

Der Finanzminister Dr. Brühl bemerkt dazu, daß dieses Gesetz bereits 10 Jahre in Vorberathung sich befindet, zudem liegt das Gesetz den beiden Häusern des Reichsrathes zur Verathung vor, wo sich ohnedies Steuerträger und Grundbesitzer zahlreich befinden. Das Gesetz ist für diejenigen gemacht, welche sich bisher theilweise oder gänzlich der Steuerzahlung zu entziehen wußten.

Die Spezialdebatte wird morgen Mittwoch fortgesetzt.

Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 11. Mai.

Vom Herrenhause wird die unveränderte Annahme des Volksschulgesetzes angezeigt. (Bravo.)

Vom Buchdruckervereine in Linz und dem Arbeiter-Bildungsvereine in Brünn werden Petitionen um Gewährung des Koalitionsrechtes und Aufhebung der Zwangsgenossenschaften überreicht.

Abg. Dr. Hyger beantragt, den Steuerreform-Ausschuß in Permanenz zu erklären. (Angenommen.)

Zweite Lesung der Regierungsvorlage, betreffend die Veräußerung einiger Staatsobjekte. Der Gesetzentwurf wird unverändert angenommen, nachdem noch Abgeordneter Baron Pratobevera den Wunsch ausgedrückt, man möge beim Verlaufe des Paraderalles in Wien des kaiserlichen Wortes nicht vergessen, daß Wien nicht nur eine große, sondern auch eine gesunde Stadt werde.

Die Gesetzentwürfe, betreffend die Refundierung der Staatsgarantieschuld der böhmischen Westbahn, die

Umwandlung der verschiedenen Schulmittel der bisherigen allgemeinen Staatschuld und die Einführung neuer Goldmünzen, werden ohne Debatte genehmigt.

Auf der Tagesordnung stehen nur noch Petitionsberichte.

Dr. v. Figuly referirt über eine Petition der freichristlichen Gemeinden in Wien und Graz um gesetzliche Anerkennung ihrer Religionsgenossenschaft und beantragte, die Regierung zur ehestmöglichen Vorlage eines Gesetzentwurfes aufzufordern, worin die Grundsätze festgestellt werden, nach welchen die gesetzliche Anerkennung einer Religionsgenossenschaft auszusprechen sein wird.

Minister des Innern Dr. Giskra führt die Gründe aus, welche der bisherigen gesetzlichen Anerkennung der überwählten Religionsgenossenschaft im Wege standen, und erklärt sich gegen die Annahme des vorliegenden Antrages, da die gesetzliche Anerkennung einer Religionsgenossenschaft nur von Fall zu Fall mittelst eines speziellen Gesetzes ausgesprochen werden könne.

Der Antrag des Referenten wird, nach einigen Bemerkungen des Abgeordneten Dr. Rechbauer, abgelehnt und über Antrag des Ministers Dr. Giskra beschlossen, die Petitionen der freichristlichen Gemeinden der Regierung zur Würdigung abzutreten.

Abg. v. Wende referirt über die Petition des pensionirten Oberstlieutenants v. Bartels in Linz um Ueberweisung seines Prozeßes an das Reichsgericht. Der Petent Ritter v. Bartels wurde bekanntlich der Majestätsbeleidigung, begangen durch Veröffentlichung einer militärischen Broschüre, angeklagt, jedoch sowohl vom Kriegsgerichte als auch von einem Militär-Ehrengerichte, dessen Kompetenz er zuerst nicht anerkannte, freigesprochen, ist aber mit diesem prozessualischen Vorgange nicht einverstanden und richtet deshalb an das Abgeordnetenhaus die obgenannte Bitte. Da es jedoch jedem einzelnen freisteht, die Kompetenz des Reichsgerichtes selbst anzurufen, beantragt der Referent, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, zugleich aber dem Justizministerium gegenüber die Erwartung auszusprechen, daß es dahin wirken werde, damit in Zukunft die Rechte der gesetzgebenden Gewalt auch nicht in militärischen Disziplinarvorschriften alterirt werden.

Justizminister Dr. Herbst bemerkt, er halte diesen Antrag für nicht annehmbar, da in demselben ganz offen ausgesprochen wird, es sei durch Erlasse von militärischen Disziplinarvorschriften, auf die sich der Petent in seinem Gesuche beruft, die Verfassung verletzt worden; bei einer solchen Anschuldigung aber müsse man zum mindesten doch fordern, den Sachverhalt genau zu untersuchen.

Bei der Abstimmung wird der erste Theil des Antrages — Uebergang zur Tagesordnung — angenommen, der zweite Theil abgelehnt.

Wegen vorgerückter Stunde wird hierauf Schluß der Sitzung beantragt und angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag.

Präsident Kaiserfeld bemerkt, daß noch mehrere Berichte und Gesetzentwürfe zur Verathung vorliegen, er halte es jedoch der Würde des Hauses für nicht entsprechend, dieselben in der kurzen Frist, die dem Hause noch gegönnt ist, zur Verhandlung zu bringen.

Abg. Graf Adam Potocki ersucht unter dem Eindrucke der eben abgegebenen Erklärung des Präsidenten, nach welcher es nunmehr feststehend sei, daß das Haus die Wünsche des galizischen Landtages, die in der bekannten Resolution ihren Ausdruck fanden, nicht mehr in Verathung ziehen werde, ihm zum Beginne der nächsten Sitzung das Wort zu ertheilen, um in dieser Hinsicht eine Erklärung abgeben zu können.

Die Sitzung wird hierauf um 3 1/4 Uhr geschlossen.

Die Offizierskantonen.

Nachdem erst kürzlich die offiziöse „Korr. Schweizer“ die Gerüchte wegen der verschwundenen Offizierskantonen als gänzlich unbegründet erklärt hat, kommt nun auch die noch offiziösere „Wiener Abendpost“ auf dasselbe Thema zurück, indem sie eine ausführliche Darstellung der Manipulation bringt, welche mit den Militär-Heiratskantonen vorgenommen wird. Es werden

nämlich seit 1. November 1858 laut einer im Reichsgesetzblatte vom selben Jahre publizirten Normalvorschrift die auf Namen lautenden Staatsobligationen, dann die Obligationen der Grundentlastungsfonds, für welche Erlagscheine ausgestellt wurden, vertilgt, auf den Kreditbüchern jedoch die Konten dieser Obligationen mit dem Bemerken aufrecht gehalten, daß hiefür Erlagscheine ausgestellt worden sind. Im Falle der Freigebung der Kautions werden für diese auf den Kreditbüchern haftenden Kapitalien zu Gunsten der Berechtigten neue Obligationen ausgestellt. Insofern aber die als Heiratskautions erlegten Obligationen der verzinslichen Vottoschuld oder dem steuerfreien Anlehen des Jahres 1866 angehören, werden dieselben bei der Staatsschuldenkasse unter entsprechender Vormerkung auf den Kreditbüchern unter den dortigen Depositionen, und zwar abgesondert aufbewahrt. Die auf den Ueberbringer lautenden Staatsobligationen werden nach Ausstellung der Erlagscheine von Seite der Staatsschuldenkasse der unter der besonderen Ueberwachung der reichsräthlichen Staatsschulden-Kontrollkommission stehenden Obligationen-Verwechslungsabtheilung der genannten Kasse zugewendet, welche dieselben zur Umwechslung gegen höhere oder geringere Obligationen derselben Kategorie benützt. Das Aequivalent steht jederzeit zur Verfügung. Nach der amtlichen Nachweisung der k. k. Universal-Militär-Depositions-administration vom 4. Mai 1869 hat sich mit Ende Februar 1869 der Stand der Militär-Heiratskautionsen auf 69,242,896 fl. beziffert, worunter selbstverständlich auch die Kautionsen der pensionirten Offiziere begriffen sind.

Im Wiener Gemeinderathe

kam vorgestern in einer lebhaft erregten Sitzung eine hochwichtige Frage zur Entscheidung. Es war der Antrag auf Auflösung der drei Wahlkörper und Zusammenfassung der gesamten Wählerschaft für den Gemeinderath in einen einzigen Wahlkörper gestellt worden. Die liberale Partei schickte ihre besten, feurigsten Redner ins Treffen, vermochte aber nicht gegen die jedem Fortschritt abholde Rechte durchzudringen. Es war dies Resultat fast zu erwarten, denn wo solche Ansichten herrschen, wie sie Herr Gemeinderath Gerold zum besten gab, der da meinte: die Aufhebung der Wahlkörper würde der Korruption im Gemeinderathe, der Käuflichkeit der Gemeinderathsstellen Thür und Thor öffnen, denn nicht der erste und zweite Wahlkörper, wohl aber der dritte sei um Geld en masse zu haben; bei den letzten Handelskammerwahlen hätten „einhundert Stimmen je fünfundsiebenzig Gulden“ gekostet, — ist an ein Durchdringen der liberalen Prinzipien nur nach schweren Kämpfen zu denken. Mit 65 gegen 46 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt, aber die Sache noch nicht verloren gegeben. „Heute können Sie uns niederstimmen, rief ein liberaler Redner, aber die Zukunft gehört uns!“

Politische Rundschau.

Kaisbach, 12. Mai.

Die „Neue Freie Presse“ meldet: Der Reichskanzler richtete an die Vertreter im Auslande ein Rundschreiben behufs der Mittheilung an die Regierungen, welches bündigst erklärt, das Ministerium des Aeußern sei an der Veröffentlichung der Depesche des norddeutschen Bundeskanzlers an Goltz unbetheiligt.

Mehrere Deputirte der äußersten Linken haben die an die ungarischen Volksvertreter jüngst ergangene Einladung zu einem Hofball zurückgesendet, dieselbe damit motivirend, daß auf dem Ofener Palast noch immer die schwarzgelbe Fahne wehe. In den Deputirtenkreisen macht die Sache eine sehr peinliche Wirkung.

Der Arbeiterausschuß (Referent Dr. Klun) des Abgeordnetenhauses hat sich in Form einer Resolution für die Koalitionsfreiheit ausgesprochen. Die Regierung hat sich ebenfalls für die Aufhebung der §§ 479—481 des Strafgesetzbuches erklärt und es geht daher ein Theil der Wünsche unserer Arbeiterbevölkerung der Verwirklichung entgegen.

In Prag erregt die von dem Subkomitee der Kommission entworfene Geschwornenliste bei den Deutschen große Unzufriedenheit. Vlos ein Fünftel der Geschwornen würde der Verfassungspartei angehören. Die deutschen Mitglieder des Subkomitees haben sich gegen die Liste ausgesprochen.

Wir meldeten vor einigen Tagen nach der „Tr. Ztg.“, daß die auch von uns gebrachte Notiz des „W. Z.“: der Bischof von Parenzo, Monsignor Dobrilla, habe auf die Frage des Kaisers nach dem Wohlergehen erwidert: Wie kann es uns in einem Staate gehen, dessen Regierung die katholische Kirche wie unter dem Belagerungsstande behandelt, aus der Luft gegriffen sei. Das „W. Z.“ hält jedoch seine Nachricht ihrem ganzen Inhalte nach für wohl verbürgt, nicht nur weil Personen, die in der Umgebung des Prälaten sich befanden, die angeführten Worte deutlich hörten, sondern ganz besonders, weil Herr Dobrilla selbst den Sachverhalt, wie er berichtet worden ist, weiter erzählte.

Die bayerische Regierung hat bei den katholischen Mächten, sowie auch in Berlin und Bern diplomatische Schritte gethan, um ein vorübergehendes Einverständnis der Kabinette angesichts des Konzils herzustellen. Wie man vernimmt, sollen die Eröffnungen Baierns in Paris eine günstige Aufnahme gefunden haben.

Die neuen Steuern für den norddeutschen Bund haben so ziemlich gar keine Aussicht auf Bewilligung. Trotz der Drohung der Offizien, daß man den etwaigen Ausfall durch Abstriche im Budget für den Unterricht und für Verbesserungen auf volkswirtschaftlichem Gebiete decken würde, ist im großen Publikum ebenso wie in Abgeordnetenkreisen alles wider die Vorlagen. Gegen die Erhöhung der Branntweinsteuer hat sich die Reichstagskommission mit 11 Stimmen gegen eine ausgesprochen. Auch die Börsensteuer und die Wechselstempelsteuer werden die Genehmigung des Reichstages nicht erhalten.

Die Absicht der Errichtung eines Direktoriats in Spanien ist beinahe aufgegeben in Folge entschiedener Weigerung Serrano's, das Provisorium der gegenwärtigen Lage zu verlängern. Die Liberalen, die Unionisten und einige Progressisten sind geneigt, zu verlangen, daß man nach erfolgtem Votum über den Artikel bezüglich der Regierungsform einen König ausrufe. — In der Kortessitzung wurde der Artikel bezüglich der Verpflichtung der Spanier, der gesetzmäßigen Aufforderung zur Vertheidigung des Vaterlandes Folge zu leisten und zu den Ausgaben des Staates beizutragen, angenommen. Ein Amendement Garrido's, welches verlangt, daß das Verbot der Sklaverei formell ausgedrückt werde, wurde abgelehnt.

In Bukarest wurde am 11. d. die Kammer eröffnet. Eine kurze Thronrede des Fürsten betont die Friedensbedürfnisse des Landes und stellt nur eine kurze Session in Aussicht. Es seien nur wenige wichtige Regierungsvorlagen zu erledigen.

Zur Tagesgeschichte.

— Die „Tr. Ztg.“ vom 11. d. M. veröffentlicht den sanktionirten internationalen Telegraphenvertrag sammt der Additional-Konvention zwischen Oesterreich und Frankreich bezüglich der gegenseitigen Auslieferung der Verbrecher.

— Die Werbungen für die Honvedarmee haben in Ungarn mit den üblichen Umzügen unter Musik und Lärm begonnen. In Pest-Ofen sind die Werbungen bis nun erfolglos.

Das vom mährischen Landtage votirte Gesetz, wodurch der Mandatsverlust für diejenigen Landtagsabgeordneten, welche ihr Mandat nicht ausüben, ausgesprochen werden kann, wurde sanktionirt.

— Das Agrarministerkapitel wählte in Folge Ablebens des Kardinals Hankl den Bischof Králj einstimmig zum Vikarius.

— Der „Trierer Zeitung“ zufolge ist, obgleich das Verlangen des betreffenden Konsortiums, demsel-

ben den Bau der Kriegsschiffe kontraktmäßig zu übergeben, abschlägig beschieden worden, der Verkauf der Werfte Tonello dennoch zu Stande gekommen, und zwar um den Betrag von 2 Millionen 600.000 fl. Die Zahlung soll binnen Monatsfrist in Wien geleistet und die Uebnahme des Etablissements in 4 Monaten bewerkstelligt werden. Herr Ritter von Tonello sei mit $\frac{1}{2}$ Million an dem Unternehmen beteiligt und übernehme die Oberleitung mit einem Jahresgehälter von 24.000 fl.

— Sullivan (der Mayor von New York) hat freiwillig sein Amt niedergelegt.

— Laut telegraphischer Nachricht sind die Schiffe der Expedition nach Ostasien: Fregatte „Donau“ und Korvette „Friedrich“ am 14. April wohlbehalten in Singapur angekommen und haben am 18. April die Reise nach Bangkok fortgesetzt. Herr Hofrath Dr. v. Scherzer hat eine erste Sendung von Gegenständen für das österr. Museum für Kunst und Industrie von Singapur aus nach Wien geschickt. Die Sendung besteht aus 18 Stück malayischer Geschmeide, Silberarbeiten, Geflechte und Proben malayischer Stiftereien.

Total- und Provinzial-Angelegenheiten.

Original-Korrespondenz.

Unterfrain. (Nächstenliebe eines Pfarrers von der Kanzel verkündet. — Eigenmächtige Trauung mit nachfolgendem ehelichen Kagenjammer. — Moral.) Der Pfarrer von St. Kanzian bei Auersperg, ein Mann, der sich, durch seine wahrhaft christliche, alle seine ihm anvertrauten Schäfchen, Schafe und Böcke mit gleicher Inbrunst umfassende Nächstenliebe gedrängt, im Jahre 1867 auf der Kanzel zu der Aeußerung veranlaßt fühlte, daß er Leute aus seiner Pfarre, die Findelkinder in Pflege nehmen, weder Beichte hören, noch mit den Sterbesakramenten versehen, noch nach ihrem Tode in geweihte Erde beisetzen lassen werde, trachtete dies nun durch folgenden Akt von Selbstüberhebung und Gesetzeskenntniß weit zu machen.

Am 3. Februar l. J. traute er den 20 Jahre alten, daher militärpflichtigen Hausbesitzer und Schneider Johann Jamnik mit Gertraud Kucic ohne vorgeschriebener ausnahmsweiser Ehebewilligung und ist somit Veranlassung, daß der so Getraute bei der nächsten Stellung der Erste ex officio vorgeführt, und im Tauglichkeitsfalle assentirt, im Untauglichkeitsfalle mit einer äußerst empfindlichen Geldstrafe belegt wird.

Die über den Pfarrer für die eheliche Vereinigung dieses Liebespaares, als Theilnehmer an einem ungesetzlichen Akte, eventuell zu verhängende Geldstrafe dürfte dessen Säckel nicht so empfindlich treffen, als den jungen Ehemann der scharfe Wechsel: noch im Honigmonde die sammtweichen Arme seines liebenden Weibes mit dem rauhen Kalbsfelle; den Flötenlaut der Stimme seiner Angerauten mit der schmetternden Trompete; seine zahllosen, freiwillig dargebrachten, flammenden Liebes-Schwüre mit dem einfachen, selten aus freiwilliger Heldenbrust kommenden, gar zu nichtern Zahneneide vertauschen zu müssen.

Er dürfte der zweifelhaften Wohlthat des Pfarrers sich wehmüthig erinnernd, wie Laotsoon von dem trojanischen Rosse sich — für die Zukunft wenigstens — denken: „timeo Danaos et dona ferentes.“

Total-Chronik.

— (Für den Pfingstmontag-Tabor in Bischofsmarje) werden von den slovenischen Vätern als Redner folgende Namen bekannt gegeben: Dr. Bleiweis, Dr. Costa, Dr. Razlag, Dr. Jarnik und Noll. Dr. Toman soll wegen Kränklichkeit verhindert sein, zu erscheinen; auch Dr. Woschnagg und andere Patrioten aus den Nebenländern werden erwartet. Indes wird das Landvolk der Umgebung zum massenhaften Erscheinen von nationalen Agenten auf das eifrigste bearbeitet, man will die in Mißkredit gekommene Seelenzählung der Taboriten diesmal zu Ehren bringen. Am verflossenen Sonntag war in den

Wälscherbüchern Gruschja und Bisavit nächst Laibach eine von Taborwerbern veranstaltete Vortragsrede, bei der die wackeren Wälscherinnen auf die gegebene Zusage, daß der Tabor dem Landvolke nichts kosten werde, beschloßen, eine großartige Weiberdeputation an das Ufer der Save zu entsenden. Für die Beschaffung der nöthigen Geldmittel zur Deckung der Kosten hat sich ein eigenes Komitee konstituiert, und es sind uns schon von mehrfachen Seiten Mittheilungen zugekommen, daß einzelne Taborpfeifführer sogar Personen, deren Anschauungen über den Taborwandel ihnen sehr wohl bekannt sind, mit einer gewissen ostentatösen Zudringlichkeit um Beiträge belästigten. Diesmal sollen auch Aufzüge berittener Bauernburken beim Tabor in Szene gesetzt werden; die ungarischen Bänderien finden bei der Bauernjugend Anklang, und so dürfte auch das Gestampfe der Pferdehufe die Nothwendigkeit der Gründung einer slovenischen Universität und der Unabweisbarkeit der übrigen Programmpunkte des Taboris bekräftigen.

— (Der nationale Landtagskandidat für den Wahlbezirk Treffen) ist endlich gefunden. Der Verein „Slovenija“ schwankte lange Zeit zwischen dem Advokaturkonzipisten Dr. Polskar und dem Taborredner Dr. Jarnik, schließlich entschied er sich für letzteren. Die gestrige „Novice“ bringt Dr. Jarniks Programm, es ist vorzugsweise auf die Geistesfreiheit berechnet, deren maßgebenden Einfluß auf die ländlichen Wähler der Demokrat Valentin Jarnik sehr wohl zu würdigen weiß, daher er bei der bekannten, den Beamten keineswegs günstigen Stimmung des krainischen Klerus die Annullirung des Wahlrechtes der öffentlichen Beamten, Offiziere und Pensionisten in sein Programm einbezogen, was in den Reihen der Landkapläne sicherlich mit großer Befriedigung aufgenommen werden dürfte. Die einzelnen Punkte des besagten Programms sind: 1) Die einzige Rettung der slovenischen Nation besteht darin, daß die in acht Ländern zerstückten Slovenen sich in einen Körper vereinigen. 2) Unter allen staatlichen Kombinationen gibt Oesterreich noch immer am meisten Bürgschaft für die Erhaltung der slovenischen Nationalität, jedoch nur dann, wenn es sich auf föderativer Grundlage konstituiert. 3) In Glaubens- und Schulangelegenheiten ist für die slovenische Nation jene Politik die nützlichste und erspriesslichste, welche derzeit die Majorität des krainischen Landtages verfolgt. Würde Dr. Jarnik im Landtage sitzen, so hätte er auch stets mit der Majorität gestimmt. Er erklärt sich entschieden gegen jeden Versuch, die Schule von der Kirche zu trennen, indem das für die Nation höchst schädlich wäre und zu deren Untergang führen müßte. 4) Mit allen Kräften ist dahin zu arbeiten, daß die slovenische Sprache im öffentlichen Leben, d. i. in allen Schulen und Aemtern, ausschließlich zur Herrschaft gelange. 5) Die Erweiterung des Wahlrechtes für die Städte und für den Landtag ist auf demokratischer Grundlage anzustreben, daher Beseitigung der Interessenvertretung und der bevorzugten Stellung des Feudalismus, Einführung eines Wahlkörpers statt dreier, möglichst niedriger Zensus. 6) Die öffentlichen Beamten, Offiziere und Pensionisten sollen kein aktives Wahlrecht besitzen. 7) In den Reichsrath wäre nur eine Delegation des vereinigten Landtages von Slovenien zu entsenden.

Für die Fassungskraft des Landvolkes ist dieses Programm jedenfalls zu hoch gehalten, übrigens führen die labirintischen Pfade der Jarnik'schen Zukunftspolitik zu einem nebulösen Ziele, namentlich bleibt uns der nationale Landtagskandidat die Beantwortung der Frage schuldig, in welche staatliche Kombination er sein Zukunftsbereich zu plazieren denkt, falls Oesterreich sich dennoch nicht auf föderativer Grundlage konstituieren sollte.

— (Die erste deutsche Sprachlehre für slovenische Volksschulen) ist so eben im k. k. Schulbuchverlage erschienen. Das hiesige Schulblatt „Mletski tovarš“ erwartet von deren Einführung in unseren Volksschulen kein günstiges Resultat. Die Anlage des Buches beruht auf dem Prinzip, daß das deutsche Lesen und Schreiben erst dann gelehrt werden soll, wenn der Schüler das Slovenische schon vollständig inne hat. Abgesehen von dem großen Zeitverluste, den die verdoppelte Lehrmethode im Vergleiche zu der bis-

herigen kumulirten mit sich bringt, treten auch andere pädagogische Schwierigkeiten dem erspriesslichen Gebrauche dieses Schulbuches selbst dann in den Weg, wenn es schon in der zweiten Klasse gebraucht werden soll. Was wäre jedoch vom deutschen Sprachunterricht in den Volksschulen zu erwarten, wenn damit erst in der dritten Klasse begonnen werden dürfte, wie es das Bleiweis'sche Sprachenzwangsgezet beabsichtigte. Nach den Ausführungen des „Mletski tovarš“ scheint der bisher gepflogene gleichzeitige slovenische und deutsche Sprachunterricht für die Jugend keine solche Qual zu sein, als die er von nationalen Unterrichtsreformatoren in den grellsten Farben gemalt wird.

— (Ernennung.) Se. Majestät haben den Generalkonsulatskanzler Josef Schwegel in Alexandrien (einen gebornen Krainer) zum Konsul daselbst zu ernennen geruht.

— (Herr Maler Pernhart,) dessen Bilder und Panoramen hier bereits längst bekannt und gewürdigt sind, wird morgen im Redoutensaale eine Ausstellung seiner neuesten Arbeiten: Panorama von der Spitze des Mangart, Panorama vom Lischauerberg und Ansicht des Birknitzer Sees, eröffnen.

— (Zur Unterfrainer Bahn.) Vom Abg. Dr. Klun sind in der Reichsraths-sitzung vom 11. d. M. Petitionen von 16 Gemeindevertretungen, den Repräsentanten jenes Theiles Krains, den man gewöhnlich als „Unterfrain“ bezeichnet, im Abgeordnetenhaus überreicht worden. Sämmtliche Gemeindevertretungen bevormunden die Legung der Trasse der Unterfrainer Bahn über Weizelburg und Rudolfswerth. Es ist nicht ohne politische Bedeutung, bemerkt hiezu die „N. Fr. Pr.“, daß Unterfrain den Vertreter der verfassungstreuen Partei in Krain, den Abg. Dr. Klun, mit dieser Mission betraut, besonders nachdem in der Landeshauptstadt bei den letzten Gemeindevahlen auch die verfassungstreue Partei gesiegt hat. In Unterfrain bereitet sich — wie man der „N. Fr. Pr.“ meldet — ebenfalls ein Abfall von der Diktatur der National-Klerikalen vor. Solche Zeichen sind beachtenswerth, und wir begrüßen diesen Umschwung freudig.

— (Vom Poiter Tabor) erwähnt die „N. Fr. Pr.“ noch eines bedauerlichen Vorfalles: Als die Sänger der Citalnica von Dollina-Bollunz mit ihrer Fahne gegen 8 Uhr Abends von Sagurje gegen die Eisenbahnstation St. Peter zu fahren, fanden sie im Dorfe Drskovitz die Straße verrammelt. Einer der Sänger stieg vom Wagen herab und frug einen Dorfbewohner, wer dort Zupan sei; der Angeredete erwiderte, der Zupan sei er selbst, und hieb gleichzeitig den Taboriten mit einem Keil auf den Kopf; hierauf kamen andere Dorfbewohner herbei, und es entstand eine blutige Rauserei zwischen den Dorfbewohnern und den Taboriten, welche letzteren die Verfassungsfahne entrißen und buchstäblich in Stücke zerrißen wurde. Näheres, so wie der Anlaß dieser Gewaltthatigkeit ist bis jetzt nicht bekannt. Eine Untersuchung wurde eingeleitet und bereits sollen sechs Angreifer in Haft gebracht worden sein.

Gemeinderaths-sitzung

am 11. Mai 1869.

(Schluß.)

Referent Dr. Kaltenecker. Die Jubilierung des Kanzleidieneers Johann Tertman mit vollem Gehalte wird beschloßen und demselben das ehrenvollste Zeugniß seiner braven und treuen Dienstleistung ausgesprochen. Die Fortbelassung des Aushilfsdieneers wird in Rücksicht der erfolgten Pensionirung Tertmans genehmigt.

Die Inkorporirung Tivolis wird über Antrag der Rechtssektion (Ref. Dr. Pfefferer) einstimmig beschloßen, und der Magistrat beauftragt, die nöthigen Schritte bei der Regierung zu thun. Selbstverständlich würde § 1 des Gemeindestatutes die entsprechende Abänderung erfahren müssen. In Sachen der Entschädigungsansprüche der Kommune per 3262 fl. 98 kr. gegen Gustav Tönnies wird über Antrag der Rechtssektion (Ref. Dr. Pfefferer) die Vertretung des Rechtsweges angenommen und der bisherige Vertreter der Kommune Dr. Suppan damit betraut.

Bei der Abstimmung über diese Frage übergibt Bürgermeister Suppan den Vorsitz an Vizebürgermeister Deschmann, da es sich um seine Person handle. Nach erfolgter Abstimmung übernimmt Dr. Suppan wieder den Vorsitz.

Die Vermehrung der Mauthschranken, um welche Herr Luchmann beim Magistrat gekommen, rief eine sehr animirte Debatte hervor. Herr Luchmann motivirt sein Gesuch damit, daß die bisherige Anzahl der Mauthschranken nicht genügend sei, weil dieselben vorzüglich an sieben Punkten umfahren werden können, und er wünscht deshalb die Neuaufrichtung von sieben Mauthschranken.

Dr. Kaltenegger beantragt Namens der Rechtssektion, es seien im Einvernehmen mit den theilhaftigen Behörden (Finanzbehörde und Landesregierung) und dem Pächter die Verhandlungen, ob, wo und wie durch Aufstellung neuer Mauthschranken die Umgehung der Pflaster- und Wegmauthgebühren zweckmäßiger Weise zu verhindern wäre, einzuleiten und durchzuführen.

GR. Stedry wünscht, daß sich der Gemeinderath schon heute definitiv ausspreche, da der Antrag der Rechtssektion die Frage in suspensio belasse.

Bürgerm. Suppan fragt, ob Herr GR. Stedry diesfalls einen bestimmten Antrag stelle.

GR. Stedry stellt nun den Antrag auf sofortige Abweisung des Gesuches und motivirt denselben hauptsächlich damit, daß es nicht im Interesse der Bevölkerung liege, jeden Weg aus der Stadt mit Schranken zu versehen, auch sei es der Passage selbst hinderlich.

GR. Mallitsch unterstützt den Antrag Stedry und meint, es liege im Interesse der Bewohner, sie vor dieser Neuerung zu schützen, da selbe als in der Umgehung vielfach Begüterte ohnehin zur Straßenkonkurrenz beitragen.

Vizebürgerm. Deschmann meint, daß der Pächter früher gewußt habe, wie viele Schranken da seien, man schaffe mit der Bewilligung nur dem Pächter ein bene, das Erträgnis sei jetzt sicher dasselbe, wie unter dem früheren Pächter.

GR. Laßnik hält eine Revision der Aufstellung der Schranken für wünschenswerth.

GR. Schöppel meint, entweder hebe man die Schranken und die Pflastermauth überhaupt auf, belasse man sie, so sei man verpflichtet, dem Pächter den nöthigen Schutz zu gewähren; denn nur das sei die Frage: will man die Mauth umgehen lassen oder nicht.

GR. Mallitsch erklärt, daß er nicht für die Umgehung gesprochen habe.

Dr. Kaltenegger als Berichterstatter verwahrt die Rechtssektion dagegen, als hätte dieselbe einen anderen Zweck, als den, die Interesse der Kommune zu wahren. Die Frage sei nur die, ist der Schutz für den Pächter genügend oder nicht? Der Antrag der Rechtssektion habe übrigens nichts bindendes in sich, es solle die Frage im Wege der Verhandlung eben klar gestellt werden, und er müsse bei dem Antrage der Sektion verharren.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Sektion mit 17 Stimmen gegen 11 angenommen.

Dr. Kaltenegger referirt hierauf über ein Gesuch des Herrn Schwarz wegen Jagdpachtentschädigung an Herrn Karl Galle in Folge der Ausscheidung des Schwarz'schen Besitzes Kroisenegg und am Gölouz aus dieser Pachtung.

Die Rechtssektion spricht sich nach eingehender Prüfung der Sachlage für abweisliche Bescheidung des Schwarz'schen Gesuches aus, was auch vom Gemeinderathe einstimmig angenommen wird.

Hierauf stellt GR. Bürger wegen vorgeschrittener Zeit den Antrag auf Schluß der Sitzung. Wird angenommen. Die Anfrage des Bürgermeisters, ob die geheime Sitzung nun stattfinden solle, wird abgelehnt.

Witterung.

Laibach, 13. Mai.

Intensives Morgenroth, herrlicher Morgen, heißer Tag, einzelne Haufenwolken aus SW., schwach bewegte Luft. Wärme: Morgens 6 Uhr + 8.5°, Nachm 2 Uhr + 21.2° (1868 + 15.5°, 1867 + 18.2°). Barometer: 326.43 mm, im fallen. Das gestrige Tagesmittel der Wärme + 13.1°, um 2.4° über dem Normale. Vom heutigen Tage, Servatius, gilt der Spruch: Vor Servatius kein Sommer, nach Servatius kein Frost. Kein Reif nach Servatius, Kein Schnee nach Bonifatius.

Angelommene Fremde.

Am 11. Mai.

Stadt Wien. Kubalet, Kindb. — Senger, Kaufm., Graz. — Schuschnig, t. l. Hauptm. Graz. — Domladie, Realitätenb., Feistritz. — Ubl, Kaufm., Wien. — Malli, Handelsm., Neumarkt. — Penz, Kaufm., Wien. — Bruch, Steuereinnahm., Planina. — Horat, Postsekretär, Triest. — Hauff, Postmeister, Gortschke.
Elefant. Wilharic, t. l. Majchinmeister, Pola. — Settinger, Cates. — Levz, Triest. — Stadler, Handelsm., Triest. — Kufhar, Werksch. — Janeschitz, Gutsbes., Unter-Peran. — Eisenhütter, Handelsm., Stadt Schleimung. — Hofnig, Kaufm., Wien. — Saulic, t. l. Hauptm., Bogen. — Kuppe, Kaufm., Linz.

Geschäftszeitung.

Laibacher Gewerbebank. In den Monaten Jänner, Februar, März und April 1869 sind bei der Laibacher Gewerbebank 28 Gesuche theils um neue, theils um Erhöhung bestehender Kredite, im Gesamtbetrage pr. 21.300 fl. eingereicht worden; davon wurden nur 2 mit dem angesprochenen Kredite pr. 1300 fl. zurückgewiesen. Der effektive Stand der Kreditinhaber betrug Ende April 129 mit dem Kredite pr. 99.100 fl. An Wochenscheinen wurden in der viermonatlichen Periode dieses Jahres eskontirt 218 Stück im Betrage pr. 106.776 fl., im Portefeuille verblieben 157 Akzepten per 64.483 fl. 48 kr. Der Kassenverkehr erreichte die Höhe von 302.898 fl. 31 kr. In laufende Rechnung wurden übernommen: 42.442 fl. 63 kr., zurückgezahlt 11.111 fl. 65 kr., daher Kassa rest 31.330 fl. 98 kr. Aus den vorangestellten Ziffern ist zu entnehmen, daß die Laibacher Gewerbebank, wenn dieselbe auch als Bankinstitut keine hervorragende Bedeutung in Anspruch nimmt, nichtsdestoweniger für das lokale Verkehrsleben, insbesondere für die Entwicklung der Gewerbstätigkeit nicht zu unterschätzen ist. Die Gewerbebank verdient von Seite der Gewerbetreibenden um so größere Beachtung, als dieselbe die Förderung ihrer Interessen verfolgt und sich die schwierige Aufgabe gestellt hat, ihnen die Vortheile des Kredites zugänglich zu machen.

Marktbericht.

Laibach, 12. Mai. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 2 Wagen mit Getreide, 8 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 88 Jtr. 60 Pfd., Stroh 35 Jtr. 70 Pfd.), 20 Wagen und 5 Schiffe (47 Klasten) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

	Mitt. fl.	Mitt. kr.	Mitt. fl.	Mitt. kr.		Mitt. fl.	Mitt. kr.
Weizen pr. Mt.	4 40	4 72	Butter, Pfund	36			
Korn	2 80	3	Eier pr. Stück	11			
Gerste	2 50	2 84	Milch pr. Maß	10			
Hafer	1 90	2	Rindfleisch, Pfd.	21			
Halbfrucht	—	3 28	Kalbsteisch	22			
Heiden	2 50	3 14	Schweinefleisch	22			
Gerste	2 40	2 72	Schöpfensfleisch	16			
Kukuruz	—	2 80	Schädel pr. St.	25			
Erbsen	1 70	—	Lauben	15			
Erbsen	3	—	Heu pr. Zentner	80			
Erbsen	3 20	—	Stroh	70			
Erbsen	4 20	—	Holz, har., Kstr.	7			
Rindschmalz, Pfd.	46	—	— weich	5			
Schweinefleisch	44	—	Wein, rother, pr.	—			
Speck, frisch	28	—	Eimer	8			
— geräuch.	42	—	— weißer, „	9			

Gedentafel

über die am 15. Mai 1869 stattfindenden
Lizitationen.

1. Feilb., Starja'sche Real., Grilovhris, 3071 fl., BG. Raffensuß. — 1. Feilb., Rabic'sche Real., Drebovca, 857 fl., BG. Wippach. — 1. Feilb., Miskav'sche Real., St. Martin, 2524 fl. 40 kr., BG. Laibach. — Relizit. der von Komar erkaufen Real. in Kleinubelsko, 1565 fl., BG. Adelsberg. — Minnendolizit. wegen Hintangabe des Baues eines Marine-Bezugs-Direktions- und Werkstättegebäudes im Seearsenale zu Pola. Badium 2000 fl. Kaution 4000 fl. Schriftl. Offerte bei der Seearsenaldirektion Pola. — 1. Feilb., Rinf'sche Real., Innergoritz, 100 fl., BG. Laibach. — 1. Feilb., Sirnik'sche Real. und Acker, Oberlasei, 1403 fl., 60 fl., 100 fl., BG. Laibach. — 1. Feilb., Feimil'sche Real., Weltsberg, 235 fl., BG. Tschernembl. — 1. Feilb., Bregar'sche Real., Großablat, 1200 fl., BG. Laas. — 3. Feilb., Gregor'sche Real., Pudo, BG. Laas. — 3. Feilb., Stork'sche Real., Krude, BG. Laas. — 1. Feilb., Karoline Bibrov'sche Montan-Entitäten zu Ober- und Untertropp, BG. Hadmanns-

dorf. — 3. Feilb., Berlic'sche Real., Glog, 4145 fl., BG. Krainburg. — 2. Feilb. der auf der Real. des Martin Javernik für Anton Javernik haftenden Forderung, 420 fl., BG. Laibach.

Erledigungen: Staatsanwalt-Substitutenstellen bei den Landesgerichten zu Graz und Laibach oder anderwärts. Bis 21. Mai bei der Oberstaatsanwaltschaft Graz.

Für Firmungsgeschenke!

Sehr anzunehmen:

Taschenuhren

in allen Gattungen
bester Qualität

in Gold und Silber zu den so möglichst billigen Preisen bei
Eduard Kottke,
Uhrmacher, am alten Markt Nr. 167 vis-à-vis der
(119-3) Tabak-Haupttrafik.

Für Firmungsgeschenke!

Die billigsten

Schweizer Taschenuhren

bester Qualität

in allen möglichen Formen und Gattungen. Preise wie in den Wiener Zeitungen. Auch mit vielen andern für Pächter-geschenke sehr geeigneten Gegenständen empfiehlt sich mit bekannter Solidität
(122-2)

Niklas Rudholzer,

Uhrmacher und Optiker,
Kongregplatz Nr. 25, neben dem Theater.

Dr. Wilh. Ribitsch

hat seine

Notariats-Kanzlei

in der (114-2)

deutschen Gasse

im Schlosser Achschin'schen Hause
Nr. 184, 1. Stock.

Wiener Börse vom 12. Mai.

Staatsfonds.	Geld	Ware	Gold	Ware
Spec. österr. Währ.	57.50	58.—	West. Hypoth.-Bant.	98.50 99.—
dt. v. J. 1868	63.80	63.30	Prioritäts-Oblig.	
dt. Rente, öst. Pap.	61.40	61.50	Südb.-Gef. zu 500 Kr.	112.25 112.50
dt. dt. öst. Silb.	69.35	69.45	dt. Bant. 6 pCt.	238.— 240.—
Loose von 1854	95.—	95.50	Nordb. (100 fl. W.)	92.50 93.—
Loose von 1860, ganze	100.50	100.70	dt. B. (200 fl. W.)	88.25 88.50
Loose von 1860, Hälfte.	103.—	103.50	dt. B. (300 fl. W.)	89.— 89.50
Premienf. v. 1864	125.20	125.40	dt. B. (400 fl. W.)	91.75 92.—
Grundentl.-Obl.			Loose.	
Stettermark zu 5 pCt.	92.—	92.50	Credit 100 fl. W.	167.50 168.—
Renten, Krain	—	—	Don.-Dampfsch.-Gef.	—
u. Küstenland 5	86.—	94.—	zu 100 fl. W.	97.— 97.50
ungarn. „ zu 5	81.75	82.25	Triester 100 fl. W.	130.— 140.—
Kroat. u. Slav. 5	83.50	84.—	dt. 50 fl. W.	57.— 58.—
Siebenbürg. „ 5	76.—	76.25	dt. 40 fl. W.	37.50 38.50
Aktion.			dt. 30 fl. W.	42.50 43.—
Nationalbank	745.—	746.—	dt. 20 fl. W.	34.— 34.50
Erbsenbank	282.40	282.60	dt. 10 fl. W.	37.50 38.—
Ö. d. Escompte-Ges.	380.—	384.—	dt. 5 fl. W.	37.50 38.—
Anglo-österr. Bank	381.—	381.50	dt. 2 fl. W.	37.50 38.—
Öst. Bodencred.-B.	276.—	280.—	dt. 1 fl. W.	37.50 38.—
Öst. Hypoth.-Bank	106.—	108.—	dt. 0.50 fl. W.	37.50 38.—
Steier. Escompt.-B.	230.—	232.—	dt. 0.25 fl. W.	37.50 38.—
Kais. Ferd. Nordb.	287.20	288.20	dt. 0.125 fl. W.	37.50 38.—
Südb.-Gef.-B.	254.20	254.40	dt. 0.0625 fl. W.	37.50 38.—
Kais. Elisabeth-Bahn	187.50	188.—	dt. 0.03125 fl. W.	37.50 38.—
Carl-Ludwig-Bahn	217.50	218.—	dt. 0.015625 fl. W.	37.50 38.—
Siebenh. Eisenbahn	162.—	162.25	dt. 0.0078125 fl. W.	37.50 38.—
Kais. Franz-Josef-B.	186.75	187.—	dt. 0.00390625 fl. W.	37.50 38.—
Hörsf.-Bancr. C.-B.	186.25	186.75	dt. 0.001953125 fl. W.	37.50 38.—
Wissf.-Hum. Bahn	163.—	163.50	dt. 0.0009765625 fl. W.	37.50 38.—
Pfandbriefe.			Münzen.	
Nation. d. W. verlos.	95.25	95.60	Kais. Münz-Ducaten.	5.88 5.89
ung. vob.-Creditauss.	92.—	92.25	Frankf. 100 fl.	103.— 103.20
öst. vob.-Creditauss.	108.50	109.—	Frankf. 100 fl. St.	124.30 124.50
dt. in 33 J. rück.	92.25	92.50	Paris 100 Francs	49.40 49.50

Telegraphischer Wechselkurs

vom 13. Mai.

Spec. Rente österr. Papier 61.40. — Spec. Rente österr. Silber 69.35. — 1860er Staatsanlehen 100.— — Bankaktien 746.— — Kreditaktien 282.— — London 124.— — Silber 121.— — R. f. Dufaten 5.85.